



Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen!

2 Wehrpflicht und Zivildienst abschaffen!

3 Schwarz-Gelb ist sich in vielen Fragen nicht ganz so einig, wie es sich einige sowohl
4 innerhalb der Bevölkerung aber auch innerhalb der Koalitionsparteien vor der Wahl
5 gewünscht haben. So auch wenn es um den Umgang mit dem Wehrdienst und den
6 Zivildienst geht.

7 Die FDP hatte sich in Ihrem „Deutschlandprogramm“ sehr klar und deutlich für eine
8 Abschaffung der Wehrpflicht ausgesprochen. Die CDU dagegen hält felsenfest an der
9 Wehrpflicht fest. So war man gespannt wie beide Parteien zum einem gemeinsamen Nenner
10 kommen und PolitikerInnen beider Parteien ließen keinen Zweifel daran, dass man auch zu
11 einer Einigung kommen würde. Wenn Meinungen zu einem bestimmten Punkt so weit
12 auseinander liegen, so waren unsere Befürchtungen damals, dass es zu einer nicht
13 zufriedenstellenden Kompromisslösung kommen würde. Und so kam es auch. Im
14 Koalitionsvertrag beschlossen die KoalitionärInnen, dass beide an der Wehrpflicht festhalten
15 wollen und Wehr- sowie Zivildienst ab dem 01.01.2011 auf sechs Monate verkürzt werden
16 soll.

17 Ernüchternd mussten die Beteiligten - Bundeswehr und Wohlfahrtsverbände - feststellen,
18 dass damit niemanden geholfen ist. Bei einer Grundausbildung von 3 Monaten, in manchen
19 Bereichen des Zivildienstes sogar länger, ist eine Verkürzung auf 6 Monate mehr als töricht.
20 An dieser Stelle hatte die FDP nicht den Mut den konsequenten Schritt zu gehen und zu
21 ihrem Wahlprogramm zu stehen.

22 Grundsätzlich wäre eine Verkürzung der Dienstzeit zu begrüßen, wenn man diese als
23 Einstieg in den Ausstieg verstehen könnte. Doch die Entscheidung ist eben nur reine
24 Kompromisslösung, die letztendlich einerseits die Situation verschärft, in dem die Ausbildung
25 ad absurdum geführt wird, der Personalwechsel bei den Zivildienststellen noch häufiger
26 stattfinden wird und andererseits ein System aufrecht erhält, dass ungerecht ist und einen tief

1 greifenden Einschnitt in die Lebensplanung junge Männer darstellt.

2 Die Wohlfahrtsverbände haben bereits angekündigt, dass eingehend geprüft werden soll, ob
3 man das Instrument Zivildienst überhaupt noch einsetzen will. Kritisch betrachtet verwundert
4 dieser Sinneswandel jedoch schon, wurde die letzten Jahre doch gerade von diesen Verbänden
5 immer wieder kolportiert, unser Sozialsystem würde zusammenbrechen, sollte der Zivildienst
6 abgeschafft werden.

7 Bei der Bundeswehr wiederum hält man sich bedeckt auch wenn der Bundeswehrverband
8 durchaus Kritik an dem sog. W6 (Wehrpflicht in 6 Monaten) geäußert hat. Ankündigungen,
9 aufgrund der verkürzten Zeit den Wehrpflichtigen den Urlaub zu streichen, haben gerade den
10 Interessensverband der SoldatInnen und Grundwehrdienstleistenden (GWDL) auf den Plan
11 gebracht. Sie befürchten einen höheren Druck auf die GWDLs und schlechte Bedingungen.
12 Auch wenn wir als Jusos die Wehrpflicht abschaffen wollen, darf es bei einem Erhalt der
13 selbigen nicht zu schlechteren Bedingungen kommen. Schon heute sind GWDL gegenüber
14 ZDL in einigen Bereichen schlechter gestellt.

15 Die Wehrpflicht ist nicht nur sicherheitspolitisch oder aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten
16 nicht mehr zu rechtfertigen. Zudem können durch den Wegfall des Zivildienstes könnten
17 zahlreiche reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, insbesondere sozialen bzw.
18 pflegerischen Bereich geschaffen werden. Allein der Bund wird nach eigenen Angaben durch
19 einen verkürzten Zivildienst tatsächlich bis zu 170 Millionen Euro einsparen wird.

20 Deshalb fordern wir Jusos weiterhin die Wehrpflicht und den Zivildienst abzuschaffen oder
21 zumindest auszusetzen. Stattdessen müssen sozialpflichtige Freiwilligendienste, wie das
22 Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) , das Freiwillige Kulturelle Jahr(FKJ) oder das Freiwillige
23 Ökologische Jahr (FÖJ), im In- und Ausland ausgebaut werden. Doch die Regierung hat kein
24 langfristiges Konzept für Freiwilligendienste und nimmt ausschließlich kosmetische
25 Korrekturen vor, wie etwa den Vorschlag der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes. Wir
26 lehnen eine solche Option ab, weil sie einmal mehr die Pflichtdienste zementiert und die
27 freiwerdenden Gelder aus der Dienstverkürzung nicht den Freiwilligendiensten zu Gute
28 kommen lässt. Auch die geplante Streichung der Möglichkeit, dass anerkannte
29 Kriegsdienstverweigerer Freiwilligendienste leisten, lehnen wir ab. Beide schwarz-gelbe
30 Vorhaben schwächen die Freiwilligendienste, die wir stärken wollen.

1 **Freiwilligendienste ausbauen!**

2 Auch wenn wir den Zivildienst ablehnen, so sind wir uns durchaus bewusst, welche positiven
3 Effekte er auf die Persönlichkeitsbildung haben kann und welchen Nutzen er in vielen
4 Bereich auch für die Gesellschaft bringt. Unsere Kritik richtet allerdings gegen den Zwang
5 und den Eingriff in die Lebensplanung junge Männer.

6 Wir glauben fest daran, dass auch ohne den Zwang viele junge Menschen sich freiwillig für
7 eine überschaubare Zeit in den Dienst der Gesellschaft stellen würden. Dies zeigt schon heute
8 die hohe Nachfrage, insbesondere bei jungen Frauen, die nicht für den Zivildienst oder
9 Wehrdienst heran gezogen werden müssen. Diese Bereitschaft muss unterstützt und ebenso
10 anerkannt werden.

11 Die gestiegene Nachfrage führt mittlerweile zu Engpässen so, dass nicht ausreichend Plätze
12 zur Verfügung stehen. Die Mitteln, die durch eine Abschaffung des Zivildienstes frei werden
13 würden, müssten daher explizit für den Ausbau der Freiwilligendienst eingesetzt werden.

14 Darüber hinaus müssen die Freiwilligendienste deutlich attraktiver werden. Dies betrifft auch
15 die Vergütung. Auch wenn in den meisten Dienstformen Freiwillige ein Taschengeld oder
16 andere monetäre Gratifikationen bekommen sowie teilweise Sozialversicherungsbeiträge
17 gezahlt werden, reicht es für viele nicht aus, um in dieser Zeit den Lebensunterhalt zu
18 sichern. Dies gilt insbesondere dort, wo die Länder äußerst geringe Entschädigungen zahlen,
19 die zum Leben nur mit Unterstützung der Eltern ausreichen. Schon heute werden
20 Freiwilligendienste vor allem von jungen Menschen aus wohlhabenden Elternhäusern und
21 mit hohen Bildungsabschlüssen nachgefragt. Jugendliche aus einkommensschwächeren
22 Haushalten, solche mit Hauptschulabschluss , aber auch solche mit Migrationshintergrund,
23 nehmen die Angebote seltener wahr, auch aus finanziellen Gründen. Ein Freiwilligendienst
24 darf kein Luxus für Begüterte werden, deshalb muss die Vergütung steigen.

25 Freiwillige Dienste müssen an jeder Stelle im Lebenslauf attraktiv sein, unabhängig vom
26 beruflichen Werdegang und sozialer Situation. Aufgrund dessen ist es wichtig, dass die
27 Konzeption dahingehend verändert wird, dass ein Einstieg in dessen Dienst jederzeit möglich
28 ist und keine Nachteile entstehen, d.h vor allem auch die Übergänge in und aus dem Dienst
29 sinnvoll abgesichert werden. Damit ein besonderer Nachteil behoben wird, ist dafür zu
30 Sorgen, dass während des Dienstes Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden.

1 Es geht jedoch nicht darum, den freiwilligen Dienst auf eine „Arbeit gegen Geld“ zu
2 reduzieren, sondern darum, die Dienstzeit einigermaßen finanziell abzusichern. Es darf nicht
3 zu einer Monetarisierung der Freiwilligendienste bzw. zu Schaffung eines Niedriglohnssektors
4 für soziale Dienstleistungen kommen. Freiwilligendienste sind Bildungsdienste und keine
5 Minijobs! Dieser Charakter muss sich in der Programmbegleitung und bei der
6 Qualitätskontrolle widerspiegeln.

7 Die momentane Unterfinanzierung des FSJ hat dazu geführt, dass bei vielen Stellen keinerlei
8 Zuschüsse für Wohnkosten bezahlt werden und so Stellen nur noch als auf zu
9 HeimschläferInnenstellen angeboten werden. Bei der Umstrukturierung des Zivildienstes in
10 Freiwilligendiensten ist dar auf zu achten, dass Wohnkosten in angemessener Weise getragen
11 werden. Ein Ausbleiben solcher Zuschüsse verhindert, dass junge Menschen nach ihrer
12 schulischen Ausbildung den ersten Schritt in ein selbstständigeres Leben wagen können.
13 Genauso wichtig wie die Vergütung ist jedoch die gesellschaftliche Anerkennung des
14 freiwilligen Dienstes. Diese soll bspw. durch die Ausgabe eines „Freiwilligenausweises“, der
15 Vergünstigungen oder die Kostenfreiheit sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten
16 Angeboten ermöglicht geschehen. Wird dem Dienst eine Ausbildung im gleichen Bereich
17 angehängt, so sollen BewerberInnen bevorzugt oder eine Anrechnung des Dienstes
18 gewährleistet werden.

19 Freiwilligendienste schaffen einen Rahmen für den Erwerb sozialer, personaler und
20 instrumenteller Kompetenzen und ermöglichen die Erschließung bis dato unbekannter
21 Lebenswelten. Sie bieten vielen jungen Menschen erstmals die Möglichkeit, sich durch
22 konkretes Handeln jenseits des Lernumfelds der Schule/der Ausbildung zu bewähren und
23 soziale Verantwortung zu übernehmen. Und sie regen zum bürgerschaftlichen Engagement
24 an. Ehemalige Freiwillige engagieren sich nach ihrem Dienst im Durchschnitt häufiger als
25 andere ehrenamtlich.

26 Bei der letzten Evaluierung von Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen
27 Ökologischen Jahres (FÖJ) gaben jeweils ca. 90% der befragten Freiwilligen an, dass sie
28 sowohl viele fachliche Kenntnisse erworben, als auch Dinge gelernt hätten, „die keine Schule
29 vermitteln kann“. Daher sind gerade die pädagogischen Aspekte eines solchen Dienstes
30 elementar. Obwohl vieles durch den Dienst erlernt wird, ist eine pädagogische Betreuung
31 notwendig. Allerdings werden die Pauschalen für die pädagogische Begleitung, die aus dem

1 Kinder- und Jugendplan des Bundeshaushaltes finanziert werden, seit 2001 nicht erhöht.
2 Gleichzeitig machen die Träger seit mehreren Jahren darauf aufmerksam, dass die Ausgaben
3 für Bildungsangebote auf ihrer Seite deutlich gestiegen sind.

4 Um die Qualität der Jugendfreiwilligendienste als Bildungsdienste zu erhalten und weiter
5 auszubauen, müssen die Pauschalen erhöht werden, insbesondere die des FSJ, die unter denen
6 des FÖJ liegen. Auch hier könnten die frei werdenden Mittel eingesetzt aus der Verkürzung
7 oder gar auch der Abschaffung der Pflichtdienste eingesetzt werden.

8 **Engagement kann man nicht erzwingen**

9 Wir Jusos setzen uns seit Jahren gegen Pflichtdienste ein. Wir betrachten sie als
10 ungerechtfertigter Einschnitt in die Lebensplanung junger Männer und lehnen daher auch
11 jede Bestrebung nach einer allgemeinen Dienstpflicht ab.

12 Diese Position ist aber auch darin begründet, dass wir der Auffassung sind, dass Engagement
13 und den Einsatz für andere Menschen nicht erzwungen werden kann, sondern gesellschaftlich
14 gefördert und anerkannt werden muss. Es ist Aufgabe des Staates, dies zu fördern. Durch die
15 Verknüpfung von informeller Bildung und der Übernahme konkreter gesellschaftlicher und
16 sozialer Verantwortung schaffen wir ein stärkeres Bewusstsein für eine gerechtere
17 Gesellschaft. Dies gilt in gleichen Maßen für die Inlands- wie auch die Auslandsdienste.

18 Zusammen mit unsere BündnispartnerInnen bleiben wir daher dabei: Nein zu
19 Zwangsdiensten, Ja zur Förderung freiwilligen Engagements für alle.